

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für den Frieden,

Wir haben die heutige Kundgebung unserer Kampagne „Lernen für den Frieden“ – 75 Jahre nach Beginn des zweiten und 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges - unter das Motto „Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“ gestellt. Dieses Motto stammt aus einem Grußwort des ehemaligen KZ Häftling und Widerstandskämpfer Martin Löwenberg an die Zivilklauselbewegung. Darin schrieb er:

„Die erste politische Veranstaltung, auf der ich nach unserer Befreiung am 7. Mai 1945 aus dem KZ-Außenlager Leitmeritz gesprochen habe, stand unter dem Motto ‚mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen‘. Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. (...) Für die Einheit aller Menschen und politischen Gruppierungen für Freiheit und Demokratie, gegen Rüstung und Krieg und für ausschließlich zivile Konfliktlösungen habe ich mich ein Leben lang eingesetzt (...)“, so Martin Löwenberg.

Der erste Weltkrieg ist mit einer Revolte von Soldaten und Matrosen beendet worden, und auch das „1000 jährige Reich“ hat keine kein zwölf Jahre gedauert. Aufklärung und Humanität konnten nicht dauerhaft niedergehalten werden.

Nach der Erfahrung von 2 Weltkriegen und dem erfolgreichen Engagement für ihre Beendigung können wir heute gegen die Versuche der Militarisierung für den Frieden umso mehr auf die Waffen des Geistes setzen.

Rüstungsforschung und der Versuch, die Hochschulen zur Kriegslegitimation zu mißbrauchen stoßen auf Widerstand und Kritik. Die Etablierung einer vom Verteidigungsministerium finanzierten „Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur“ an der Uni Bonn wird mit einer Assoziierung der Friedenskräfte und gemeinsamen Aufklärungsaktivitäten in Hochschule und Stadt beantwortet. Aufgrund des Engagements von Hochschulmitgliedern und neu konstituierten akademischen Friedensinitiativen haben 20 Hochschulen in der Republik mittlerweile Zivilklauseln, das heißt eine Selbstverpflichtung auf friedliche und zivile Zwecke, beschlossen. In NRW ist aufgrund der Aufklärung für zivile Wissenschaft im neuen „Hochschulzukunftsgesetz“ folgender Passus verankert: „die Hochschulen sind friedlichen Zielen verpflichtet. Sie entwickeln ihre Beiträge zu einer friedlichen, demokratischen und nachhaltigen Welt. Die Umsetzung dieses Auftrag regelt die Grundordnung“. Damit sind in NRW, dem Bundesland mit den am Abstand meisten Studierenden der Republik, die Mitglieder aller

Hochschulen aufgefordert, die Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Allgemeinwohl zu erörtern und zu bestimmen.

Und 23000 Menschen haben bisher die Kampagne „Lernen für den Frieden“ unterschrieben, und setzen sich damit für eine humane Gesellschaftsentwicklung ein, die von Solidarität, von Aufklärung und Argumentation statt dem Recht des Stärken und der Gewalt geprägt ist.

Entsprechend bange ist der Rüstungsindustrie, die als einzige wirklich Profite aus dem Geschäft mit dem Tod zieht – warum sollten alle anderen sie dauerhaft gewähren lassen? Wenn sich an Schulen und Hochschulen solidarisch und kritisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandergesetzt wird, warum sollten sich Forschende und spätere Absolventen vereinzelt für die Produktion von Mordwaffen hergeben, statt weiterhin gemeinsam die allgemeinen Geschicke in die Hände zu nehmen?

Schon Anfang des Jahres lamentierte ein Vertreter der Rüstungsindustrie auf einem Wissenschaftskongress der Fraunhofer Gesellschaft und anderer Forschungsinstitute: „Leider haben sich die Bedingungen für die Industrie durch die Ausgrenzung militärischer Forschung durch Erfolge der Zivilklauselbewegung an manchen Hochschulen verschlechtert.“

Und die Bundesregierung steht nach den Waffenlieferungen in den Irak und nun auch an die potentiellen IS-Unterstützern Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate und dem damit einhergehenden Kniefall vor der Rüstungsindustrie unter „Rechtfertigungsdruck“, wie die Tagesschau konstatierte.

Der SPD Wirtschaftsminister erklärte gestern:

Dass sich die Bundesregierung nun gezwungen sehe, Waffen an die kurdischen Peschmerga im Nordirak zu liefern, sei "Folge viel zu vieler Waffenlieferungen in diesen Raum in den vergangenen Jahrzehnten". (...) Und weiter: „Dass in letzter Zeit (...) eine so hitzige Debatte um Rüstungsexporte entbrannt sei, lasse den Verdacht aufkommen, dass Regeln bisher nicht so genau genommen wurden, es hier womöglich sogar eine "stillschweigende Übereinkunft" von Politik und Rüstungsindustrie gegeben habe.“

Selbst Frau von der Leyen, stets bestrebt, Deutschland stramm auf Kriegskurs zu halten, erklärte gestern öffentlich, dass „ein Großteil der Rüstungsindustrie für Deutschlands Sicherheit entbehrlich“ sei. Hier spiegelt sich eine kriegsablehnende Bevölkerung, die der Kriegstreiberei im Weg steht und mit der sich die Politik konfrontiert sieht.

Krieg, das Töten von anderen Menschen, ist unmenschlich, genauso wie die Forschung und die Arbeit für das Töten. Dafür ist der Mensch nicht gemacht. In der Geschichte und bis heute haben sich die Bevölkerungen

immer nur durch Lügen und Hetze dazu treiben lassen, sich gegenseitig zu ermorden. Deswegen ist die Aufklärung unsere Waffe, deswegen werden heute Krieg und Aufrüstung mehrheitlich abgelehnt.

Wieso kann dennoch weiter gerüstet und die Militarisierung der Hochschulen noch weiter vorangetrieben werden? Ich meine, noch ist die vereinzelnde Logik des Neoliberalismus nicht völlig geknackt. Burn out ist auch Ausdruck des drängenden Erfordernisses, die Vereinzelung zu überwinden und die Mitmenschen als potentielle Bündnispartner für Verbesserungen zu erkennen. Es braucht einen gesellschaftlichen Aufbruch, einen Mentalitäts- und Kulturwechsel.

Auch deshalb haben wir die Kampagne „Lernen für den Frieden“ bis zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, verlängert. Bisher sind 23 000 Unterschriften auf ausgedruckten Listen gesammelt worden, hunderte haben an Infotischen, unter Kollegen, auf dem Campus, in der Bahn, etc. Gespräche und Verständigung initiiert, für eine gemeinsame Verbesserung der Lage. Für den Frieden ist gelernt worden.

„Lernen für den Frieden“ ist damit Teil des Mentalitätswechsels: Entgegen der Ideologie, dass jeder für sich verantwortlich sei und individuell mit Konkurrenz und Krieg klar kommen müsse, entgegen der individuellen Überforderung und Hilflosigkeit gegenüber den hiesigen Kriegstreibern und ihrem machtpolitischen Zynismus hat sich mit der Bewegung gegen die Bundeswehr an den Schulen und für Zivilklauseln eine gesellschaftliche Opposition formiert. Zu erkennen ist, dass Solidarität und Aufklärung geschichtsmächtig sind, dass wir selbst die Alternative zur Kriegspolitik sind. Unsere Aufgabe als Friedensbewegung besteht in dieser Lage wesentlich darin, ermutigend zu wirken: Es stimmt nicht, dass man „eh nichts tun kann“, die da oben machen nicht was sie wollen, das zeigt die Geschichte, das zeigt das erfolgreiche und konsequenzenreiche Engagement für die Beendigung von zwei Weltkriegen.

Martin Löwenberg endete seinen Brief an die Zivilklauselbewegung mit der Aufforderung: „Machen wir aus diesem Land ein dauerhaft antimilitaristisches, freiheitliches Gemeinwesen. Das ist das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes.“

Der Aufklärer Heine formulierte schon im 19 Jahrhundert: Wir wollen „Das Himmelreich auf Erden“ errichten, und den Himmel den Spatzen überlassen. Und: „Die Leute werden uns schon verstehen, wenn wir Ihnen sagen, dass sie alle Tage Rindfleisch statt Kartoffeln essen sollen und weniger arbeiten und mehr tanzen werden.“

Es können also weiter Unterschriften gesammelt werden, für Frieden, für sinnvolle Arbeit und heiteren Erkenntnisgewinn statt Plackerei und Paukerei, für Genuß statt Verdruß. Hinweisen möchte ich euch auch

darauf, dass für das weitere gemeinsame Lernen und Eingreifen für den Frieden in zweieinhalb Wochen ein neuer Zivilklauselkongress stattfinden wird, „Für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens“. Die Flyer liegen aus.